

Millionen Euro im Sand

Flughafen: „Landebahn als Parkplatz“, FR-Regional vom 2. Dezember

Seit dem 21. Oktober 2011 fordern die Ausbaugegner des Frankfurter Flughafens vehement die Schließung der Nordwestlandebahn, um die Region nicht noch weiter mit gesundheitsschädlichem Fluglärm und Ultrafeinstaub zu vermüllen. Jetzt legt Fraport von sich aus die Landebahn zum zweiten Mal in diesem Jahr wegen der mangelnden Nachfrage im Luftverkehr still. Die Nutzung als Parkplatz ist eine teure Angelegenheit, hat doch dessen Herstellung 1,5 Mrd. Euro gekostet und belastet das Betriebsergebnis mit 100 Mio. Euro jährlich. Das macht tägliche Parkplatzkosten von 275 000 Euro aus, die vermutlich von den Fluggesellschaften aber gar nicht bezahlt werden. Die hochfahrenden Expansionspläne des Vorstands kommen den Flughafenbetreiber jetzt teuer zu stehen. Das zeigt auch der Bau des Billigflugsteigs G, der eigentlich im Frühjahr 2021 in Betrieb gehen sollte, jetzt aber vorläufig eingemottet wird. 200 Mio. Euro Baukosten sind damit erstmal in den Sand gesetzt.

Hans Schinke, Offenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

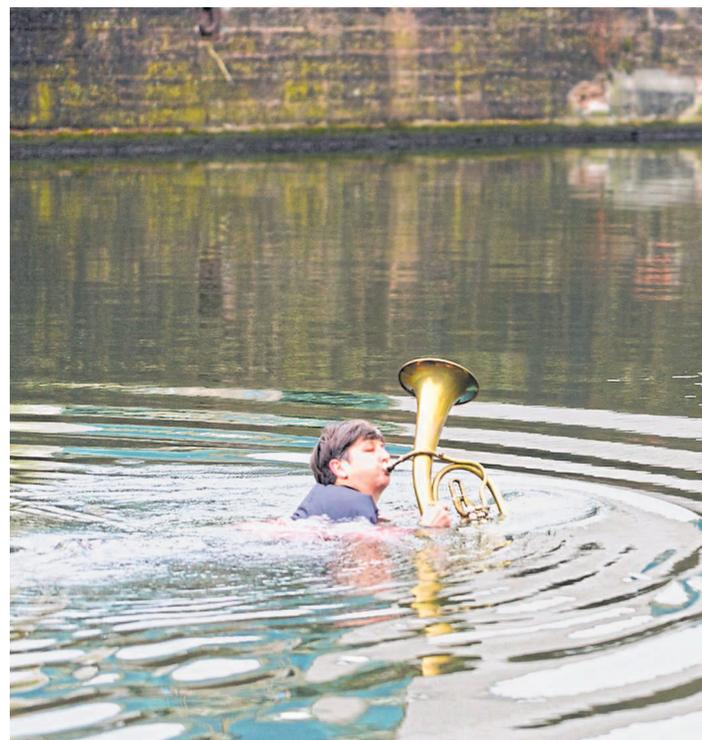
Die Kultur geht als Erste baden

Zu: „Protest gegen Militärausgaben“, FR-Regional vom 7. Dezember

Es ist der Rundschau zu danken, dass sie schon im Vorfeld des Aktionstags für Abrüstung so breit berichtet hat. Und nun gibt es auch noch das aussagekräftige Foto von der Offenbacher Aktion „Alles geht baden“. Wir wollten verdeutlichen, dass nicht weiter so viel Geld für Rüstung ausgegeben werden darf, dass endlich Politik für eine friedliche Welt gemacht werden muss, eine neue Entspannungspolitik.

Allerdings kommt ein Detail in der Bildunterschrift zu kurz: Die vier jungen Frauen, die da im Wasser standen, gehören „Fridays for Future“ und dem Offenbacher Stadtschüler:innenrat an. Sie nahmen also aus wohlverstandem Eigeninteresse teil und nicht nur als Unterstützerinnen der OFI. Ebenso wir Gewerkschafterinnen und ein Vertreter der Partei der Linken machten sie in ihren Redebeiträgen deutlich, dass mit so viel Rüstung keine Zukunft gemacht werden kann, dass Bildung, Umwelt, Gesundheit und bezahlbares Wohnen äußerst gefährdet sind.

Schließlich sei noch erwähnt, dass unsere Musikerin,



Heike Städter und die Kultur gehen baden.

MANFRED DROESSMANN

Heike Städter, voll aufs Ganze ging und samt ihrem Instrument fast im Mainwasser verschwand. Das war am Ende der Veranstaltung und Heike meinte dazu:

„Die Kultur geht eigentlich als Erste baden.“

Christa Führer-Rößmann,
Offenbacher Friedensinitiative (OFI),
Offenbach

Führerschein abgeben!

Zu: „Das ist schon ein bisschen Abzocke“, FR-Regional vom 10.11.

Warum denken so viele Menschen, sie würden abgezockt, wenn sie eine berechtigte Strafe für Fehlverhalten bekommen? Es gibt keine Abzocke! Wo bestimmte Verkehrsregeln gelten, stehen entsprechende Schilder. Meist reicht es, eine zweistellige Zahl auf den Schildern mit einer zweistelligen Zahl auf dem Tacho in Vergleich zu setzen. Wer das zu kompliziert findet, sollte umgehend seinen Führerschein wieder zurückgeben. Noch schlimmer wird es, wenn Zufahrten so mit Pkw zugestellt sind, dass für Rettungskräfte kein Durchkommen mehr ist. Hier besteht Gefahr für Menschen, die Hilfe benötigen! Ein derart egoistisches Verhalten ist für mich Körperverletzung, bisweilen mit Todesfolge. Wer sich so verhält, sollte umgehend den Führerschein verlieren. Die Ausrede, man wäre schusselig oder hätte es nicht gesehen, kann man nicht gelten lassen. Wer ein Fahrzeug führt, hat sich an die Regeln zu halten und muss seine volle Aufmerksamkeit dem Fahren widmen. Auf gar keinen Fall aber seinem Smartphone.

Stefan Plock, Ober-Ramstadt

Wer hat die Folgen für die Stadt im Blick?

Frankfurt: „Josef kämpft für Wohnquartier“ und „Wohnungsmarkt bleibt angespannt“, FR-Regional v. 1. u. 4. Dezember

Frankfurt hält kein weiteres Wachstum aus

Nach Berichten von Maklerhäusern schichten Großinvestoren Kapital vom Aktienmarkt in Immobilien um. Das bietet zwar weniger Rendite, aber Sicherheit. Josef (der Frankfurter Stadtplanungsdezernent Mike Josef, SPD, Anm. d. Red.) kommt dem nach, indem er weitere Hochhäuser städtebaulich zulassen will, ohne die Folgen auf die Stadtentwicklung zu beachten. Seit den 80er Jahren gibt es in Frankfurt keine ernstzunehmende Stadtentwicklung mehr, nur noch architektonischen Städtebau. Bei weiteren Bürohochhäusern muss Josef langsam auch die nötigen Wohnungen und soziale und kulturelle Infrastruktur nachweisen, so in der „Josefstadt“ im Nordwesten. Die Mahnungen des Stadtkämmerers (CDU), dass die Infrastruktur der Stadt für ein weiteres Wachstum nicht mehr ausreicht, deutet selbst dort ein Nachdenken, kein Umdenken an.

Auf dem Riedberg z.B. gibt es für 15000 Menschen nur ein Einkaufszentrum, kaum Kneipen. So wird auch die „Josefstadt“ werden. Die künftigen Büromieter sind nicht mehr bereit, lange Pendelzeiten ihrer Beschäftigten zu akzeptieren. Für das Wohnen – wie in London und hier im Europaviertel – werden wegen der geringen Rendite die Wohnungen leerstehen, so sind sie besser weiter zu verkaufen. Einen beständigen Sozialen Wohnungsbau gibt es in Deutschland nicht, nur gefördert. Die Förderung aus Steuergeldern reicht für drei bis

vier Wahlperioden, ausreichend für SPD, CDU und Grüne. Es ist nicht „sozial“, wenn man die Sozialmieter als Erstbewohner nach 20 bis 30 Jahren wieder rausschmeißen kann, insofern ist „Sozialer Wohnungsbau“ ein Etikettenschwindel.

Dass CDU und besonders die FDP den Investoren entgegenkommen, ist bekannt. Die SPD in Frankfurt hat den Hochhausbau angestoßen, die Büchse der Pandora geöffnet. Der Vorstand der Grünen ist noch auf der Linie von Cunitz, der den Investoren günstigste Verwertungsmöglichkeiten geboten hat. Als Mehrheitsbeschaffer werden sie das Schicksal der SPD wie in der großen Koalition erleiden, wie hier in Hessen zu sehen, da sie sich dann ihre grünen Ziele abschminken können und zur Nachfolgepartei der FDP mutieren. Änderungen in der Kandidatenliste bei den Grünen deuten ein langsames Umdenken an.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Sofort formieren sich laute Interessengruppen

Wer immer sich den Namen ausgedacht hat, versteht das Werbegeschäft: „Grüne Lunge“ – wer würde es da wagen, kritische Worte zu riskieren und sich dem Verdacht auszusetzen, gegen Klimaschutz zu sein! Wo doch sogar „Fridays for Future“ mitmachen. Wer wirft noch einen Blick auf den Stadtplan? Der würde reichen, um die Absurdität des Namens zu zeigen. Grüne Lunge? Nördlich des geplanten Baugebiets stehen die Friedberger Warte und

dahinter die zwischen Gießener Straße und Autobahn. Weshalb ausgerechnet durch eine Bebauung des südlichen Areals die Luftzufuhr ins Nordend abgeschnitten werden soll, erschließt sich mir nicht. Die Frischluftschneise liegt direkt daneben: Hauptfriedhof und Neuer jüdischer Friedhof. Ein Gebiet, zehnmal so groß wie die „Günthersburghöfe“ und viel weiter nach Inneren reichend. Auf den Planzeichnungen der Bürgerinitiative wird das alles wohl nicht zufällig abgeschnitten.

Wo liegen die Alternativen für den Wohnungsmarkt? Verdichtung und Kampf gegen Leerstand sind richtig und notwendig, lösen aber die Probleme nicht. Wenn nichts zusätzlich gebaut wird, leiden diejenigen, die sich Wohnungen in der inneren Stadt nicht mehr leisten können. Warum scheinen die Mietervereine und Gewerkschaften Frankfurts keine Meinung zu diesem Konflikt zu haben? Ich finde es erschreckend, wie es gelingt, gegen den Neubau von Wohnungen eine derartige Kampagne zu organisieren. Es ist frech, dass sogar Parallelen zum Hambacher Forst gezogen werden.

Dabei geht es ja nicht nur um die „Günthersburghöfe“. Wo immer Planungen oder auch nur Vorschläge für neue Wohngebiete bekannt werden (Rebstock, Steinbach), formieren sich dagegen lautstarke Interessengruppen. Am besten ist es dann immer, wenn mit der Ökologie argumentiert werden kann. Das gelingt im Fall der „Günthersburghöfe“ leider zu gut.

Gert Hautsch, Frankfurt

Das gibt's nur in Frankfurt

Zu: „A661 wird ausgebaut“, FR-Regional vom 24. November

Der letzte Satz des Artikels ist schon frustrierend: Von der Einhausung der Autobahn wäre bei der Planung des Ausbaus der A661 zwischen der Friedberger Landstraße und dem Autobahndreieck Erlenbruch nichts zu finden. Die Stadt Frankfurt versucht seit gefühlt zehn Jahren, eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme mit der Einhausung der A661 auf den Weg zu bringen, gibt hunderttausende Euro für Berechnungen, Gutachten, Untersuchungen, Personal- und Planungskosten (Deges hat wahrscheinlich den zwanzigsten Auftrag für eine Verkehrsuntersuchung erhalten), Berichte und Zwischenberichte aus, die STVV (Stadtverordnetenversammlung, Anm. d. Red.) versammelt einen 1300 Meter langen Tunnel, und dann kommt das Land – völlig berechtigt – und plant logischerweise die notwendige Anbindung des lange erwarteten Riederwaldtunnels.

Verwirrte Bürger erwarten Grundstücksspekulationen wegen eines neuen Baugebiets im Bereich der SEM (Stadtentwicklungsmaßnahme, Anm. d. Red.)! So viel Unkenntnis und Unprofessionalität bei der richtigen Einschätzung und des Einsatzes der Planungsinstrumente gibt es nur in Frankfurt – der Stadt der Dichter und Quer-/Freidenker. Im Ergebnis leider eben frustrierend: Keine neuen Baugebiete, Verschleudern von Steuergeldern, weiter steigende Mieten und der damit verbunden wachsende soziale Probleme.

Reinhold Richter, Obertshausen

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201214
Übersicht: frblog.de/aktuell